

Thomas Carl Schwoerer

Was schützt uns wirklich?

Pazifistischer Umgang mit dem Terror

Vortrag beim Symposium Zukunft des politischen Pazifismus

Frankfurt/M., 28./29. Januar 2017

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Deutsche Friedensgesellschaft als älteste deutsche Friedensorganisation hat in ihrer langen, bald 125jährigen Geschichte viel erreicht: Sie hat dazu beigetragen, dass eine Mehrheit unserer Bevölkerung für das Verbot von Atomwaffen ist und dass die Diskussion um Rüstungsexporte entbrannt ist und die Bundesregierung sich zunehmend dafür rechtfertigen muss. Sie war Teil der gewaltfreien Bewegung, die Anfang der 1970er Jahre das Ende des Vietnamkrieges durchsetzte. Und sie hat das Völkerrecht positiv beeinflusst: Krieg ist heute nicht mehr ein selbstverständliches Mittel der Politik, sondern muss jedes Mal gerechtfertigt werden. Auch deshalb hat die Anzahl der zwischenstaatlichen Kriege abgenommen.

Allerdings gibt es noch immer blutige Bürger- und Stellvertreterkriege, wie in Syrien und Mali. In einem Interview mit der *Zeit* sagte der ehemalige Außenminister Joschka Fischer: »Es gibt im Moment keine dominante Regionalmacht im Nahen Osten. Insofern erinnert der Syrienkrieg an den Dreißigjährigen Krieg. Keiner der regionalen Akteure ist stark genug, sich gegenüber den anderen durchzusetzen, weder die Iraner noch die Saudis, noch die Türken. Deshalb wird erst Erschöpfung Klarheit bringen.« Dazu passt die Aussage des Chefs der Münchner Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger, man solle den Islamischen Staat IS erst so weit wie möglich militärisch bekämpfen. Danach allerdings gelte: »Wenn man nicht mit den bösen Buben reden will ..., mit wem sonst will man denn reden? Natürlich muss man mit allen Bösen reden.« Die Analyse von Joschka Fischer mit der Analogie zum Dreißigjährigen Krieg trifft zu, seine Schlussfolgerung nicht. Er und andere behaupten, die Zeit für Verhandlungen etwa zwischen den drei Parteien IS, Assad-Regime und Rebellen wie der ehemaligen Al-Nusra-Front, dem Ableger von Al-Qaida, sei noch nicht reif und die beteiligten Parteien noch nicht erschöpft genug – trotz der rund 500 000 Menschenleben, die dieser Krieg schon gekostet hat. Es wäre jedoch sehr befremdlich und durchaus zynisch, wenn die Regierenden keinen anderen Weg als diesen gehen und dabei wissentlich weitere

Tausende von Menschenleben opfern würden. Eine solche Außenpolitik macht die Welt unsicherer. Sie ist Ausdruck von Hilflosigkeit und altem Denken.

Der Westen mit all seiner Macht hat am ehesten den Schlüssel in der Hand, um die richtigen Lehren aus der Geschichte des Terrorismus und der Kriege zu ziehen. Es ist nicht notwendig, die Kämpfe bis zur vollständigen Erschöpfung fortzusetzen. Deutlich vorzuziehen wäre eine Strategie, die sich die Politik Willy Brandts zum Vorbild nimmt. Brandt hat im Kalten Krieg nicht darauf gewartet, bis beide Seiten erschöpft waren, sondern ist initiativ geworden. *Das* ist Politik. Ab 1968 hat er die Entspannungspolitik in der Großen Koalition durchgesetzt, gegen Widerstände von CDU und CSU, aber mit Rückhalt in der Bevölkerung. Zu diesem Rückhalt hat die Deutsche Friedensgesellschaft beigetragen und damit die Entspannungspolitik positiv beeinflusst. Diese handelte nach dem klugen Grundsatz: Solange verhandelt wird, wird nicht geschossen. Ihr Ergebnis war, dass im Gegensatz zum Aufstand des 17. Juni oder zum Prager Frühling keine Panzer mehr rollten, als es 1989 zur gewaltfreien Revolution in der DDR kam.

Halten wir uns weitere Beispiele von Politikern vor Augen, die alles daran setzten, ihren Kampf gewaltfrei zu führen: Mahatma Gandhi in Indien, Martin Luther King in den USA, Nelson Mandela gegen das Apartheidregime in Südafrika sowie Vaclav Havel und Lech Walesa gegen den Stalinismus in ihren Ländern. Es fehlt laut Antje Vollmer, der ehemaligen Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, nicht an Beweisen für die Qualität und Wirkungskraft des politischen Pazifismus. Es fehlt an Politikern, die aus diesen Höhepunkten gewaltfreier Konfliktlösung friedensfördernde Konsequenzen für heute ziehen.

Die wichtigste lautet "Verhandeln statt schießen", auch mit Dschihadisten. Diese positive Vision ist deshalb so wichtig, weil sich unsere Adressaten politische Alternativen vorstellen müssen, um den Wunsch zu entwickeln, dorthin aufzubrechen.

Dabei ist sonnenklar, dass parallel zu Verhandlungen die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den jeweiligen Ländern stattfinden muss, einschließlich der Deserteure und Kriegsdienstverweigerer. Es war maßgeblich das Verdienst der Deutsche Friedensgesellschaft, dass der ukrainische Kriegsdienstverweigerer Ruslan Kotsaba aus der Haft befreit wurde.

Eine Politik, die auf Verhandlungen setzt statt auf militärische Erschöpfung des Gegners, braucht Unterstützung aus der Bevölkerung. Es ändert sich nichts, wenn jeder nur für sich friedlich denkt.

Der politische Pazifismus ist keine Politik des Zuschauens, sondern setzt auf gewaltlose Konfliktbearbeitung; nicht Widerstandslosigkeit gegenüber dem Bösen, sondern Widerstand

ohne Gewalt (nach Martin Luther King). Auch die pazifistische Einstellung ist nicht frei von moralischen Dilemmata, aber das geringere Übel im Vergleich zu den Tausenden von Opfern, die Kriege fordern.

Im ersten Schritt verlangen wir, dass das uns erschütternde Morden aller Kriegsparteien in Syrien und Irak endlich aufhört und dass schnellstmöglich ein Waffenstillstand vereinbart wird. Im zweiten Schritt müssen Verhandlungen für eine politische Lösung stattfinden, auch mit dem IS und der ehemaligen Al-Nusra-Front.

Gegen die Forderung nach Verhandlungen mit Dschihadisten wird eingewendet, dass man mit einer Verbrecherbande wie dem IS nicht verhandeln könne.

Im Übrigen schaffe der IS einfach Fakten, nämlich eine Art Staat, und wolle gar nicht verhandeln.

Aber können wir uns darüber so sicher sein? In der langen Geschichte von Behauptungen über Terrorgruppen wie der allesamt skrupellosen und brutalen IRA in Nordirland, Taliban in Afghanistan und FARC in Kolumbien kehrt das Muster immer wieder, sie seien so übel, dass man nicht mit ihnen verhandeln könne. Außerdem wollten sie gar nicht verhandeln.

Schließlich kam es regelmäßig doch zu Verhandlungen, aber erst nach dem unnötigen Tod Tausender von Menschen. Da wär's aus pazifistischer Sicht sehr wichtig, Menschen am Leben zu lassen und frühestmöglich solche Verhandlungen einzuleiten. Es müssen doch nicht wie in Kolumbien vorher 50 Jahre vergehen mit Hunderttausenden Toten! Im Übrigen wurden in Afghanistan ausgerechnet die besonders verhandlungswilligen Taliban, die sich beispielsweise die Wiederherstellung von Rechten für Frauen vorstellen konnten, von amerikanischen Drohnen umgebracht.

Wer Frieden will, muss mit seinen Feinden verhandeln, nicht nur mit seinen Freunden. Das setzt Mut voraus.

Will der IS überhaupt verhandeln? Die Beweislast liegt bei denen, die das Gegenteil behaupten. Für sein Interesse an Verhandlungen spricht, dass der IS - gewiss mit brutaler Gewalt - eine Art Staat gegründet hat. Terror ist für den IS wie seinerzeit für die IRA nicht das Ziel, sondern nur Mittel zum Zweck der Nationsbildung. Seine erste Priorität ist, einen regulären Staat zu gründen und zu konsolidieren. Hinter der religiösen Fassade und der terroristischen Taktik steht eine politische und militärische Maschinerie, die sich vollständig auf die Nationsbildung konzentriert. Der IS will in den Territorien, die er erobert hat, den sunnitischen Teil der Bevölkerung auf seine Seite ziehen, etwa durch die Ausbesserung von Straßen und die Organisation von Suppenküchen. Auch Blutsverwandtschaften aus

Zwangsehen zwischen IS-Kämpfern und örtlichen sunnitischen Frauen sollen ihn legitimieren.

Verhandlungen mit dem IS sind also nicht so abwegig, wie es auf den ersten Blick erscheint. Möglicherweise besteht das vorrangige Interesse des IS darin, einen eigenen Staat zu konsolidieren. Sollte das der Fall sein, ließen sich auf dem Verhandlungsweg Zugeständnisse erzielen - die Beendigung der Morde und des Terrors innerhalb und außerhalb seines Gebietes, die Wahrung der Menschenrechte dort und der Verzicht auf weitere Expansion.

Verhandlungen mit diesen Zielen wären deutlich weniger schädlich, auch im Sinne der Rettung Tausender von Menschenleben, als Bombardements von Russland und den NATO-Staaten sowie Waffenlieferungen. Die Bundesregierung sollte sich mit ganzer Kraft für eine Verhandlungslösung auch mit Dschihadisten einsetzen.

Wenn man ernsthaft Verhandlungslösungen angegangen wäre, hätten sich alle Kriege der vergangenen Jahrzehnte verhindern beziehungsweise beenden lassen. So wären die USA besser auf bin Ladens Vorschlag eines Waffenstillstands in 2006 eingegangen.

Terroristen stattdessen den Krieg zu erklären kommt ihnen entgegen und verhilft ihnen in ihren Kreisen zu mehr Größe und Ruhm. Aus diesem Grund wurde der Krieg gegen den Terror, der nur zu mehr Krieg, Chaos und Terror geführt hat, selbst nach 15 Jahren nicht gewonnen – und er kann auch niemals

gewonnen werden. Wenn siegen bedeutet, sich unverwundbar für terroristische Angriffe zu machen, wird der Westen niemals siegreich sein. Terrorgruppen können jederzeit einen Kämpfer in irgendein Café schicken und eine Bombe zünden lassen. Sie demonstrieren damit, dass die mächtigsten Länder der Welt nicht in der Lage waren, sie zu schlagen. Kanzlerin Angela Merkel hätte deshalb besser darauf verzichtet, nach den Brüsseler Anschlägen vom 22. März anzukündigen, wir würden den Terrorismus besiegen.

Gewiss lassen sich Terroranschläge besser als bisher verhindern. Die Haupttäter der Brüsseler Anschläge waren bereits zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt, die sie nicht verbüßt haben – sie hätten im Gefängnis sitzen müssen. Wir brauchen EU-weite Regeln und Zusammenarbeit für die Suche nach Terroristen und für den Austausch von polizeilichen und geheimdienstlichen Informationen. Bisher ist stattdessen die Polizeibehörde Europol weit entfernt von echter Schlagkraft, was nicht verwundern kann: Nur 5 von 28 Ländern teilen ihre Erkenntnisse mit allen europäischen Partnern. Deutschland zählt nicht zu diesen fünf.

Die Doktrin von Härte und Gnadenlosigkeit hingegen hat den Terror nicht beendet, sondern facht ihn weiter an. Außerhalb Europas führt Gewalt gegen Terroristen häufig zu Leid in der Bevölkerung. Diese Gewalt nehmen viele dort so wahr, dass nicht zwischen Terroristen und Zivilisten unterschieden würde. Das verstärkt die Bindungen der Terroristen zur Bevölkerung und entfremdet diese weiter von uns. Zudem löst jeder im Krieg getötete Zivilist Rachegefühle bei seinen Angehörigen aus und züchtet damit neue Terroristen heran. Carl Friedrich von Weizsäcker hat diese Gewaltspirale so beschrieben: „Man kann zwar Gewalt durch Gewalt eindämmen, man wird aber immer die Folgen zu tragen haben, dass man sich dem Prinzip, das man bekämpfte, unterworfen hat...Die Meinung..., man könne gewissermaßen zum letzten Mal Gewalt anwenden und – weil die Gewalt für das Gute ausgeübt wird – danach werde dann das Gute herrschen und nicht die Gewalt, ist einer der gefährlichsten Irrtümer und eine der Hauptquellen mörderischer Kriege.“

Wir sollten die Bevölkerung für uns gewinnen, statt sie und ihre Schulen und Krankenhäuser in Mossul und Rakka zu bombardieren - auch durch die Bundeswehr mit ihren Aufklärungsflugzeugen und Satellitenaufklärung. Und wir müssen erreichen, dass die normalen Mitglieder der Gesellschaft nicht bereit sind, Terroristen zu unterstützen. Diese Messlatte liegt gar nicht so hoch. Manchmal gehen Terrorgruppen selbst in den Augen ihrer Unterstützer zu weit. Besonders dann, wenn sie gemäßigte Meinungsführer oder Kinder umbringen. Solche Fehler stellen für Regierungen eine große Chance dar, die öffentliche Meinung gegen Terroristen zu mobilisieren. In der Vergangenheit haben Regierungen diese Möglichkeiten nur sehr selten genutzt.

Es ist ein realistisches Ziel, Terroristen zu isolieren und ihre potenziellen Rekruten gegen sie zu immunisieren. Einen Krieg gegen den Terrorismus als solchen führen und gewinnen zu wollen, ist es hingegen nicht. Darüber hinaus brauchen wir in den arabischen Ländern eine Erziehung der Jugend gegen den Terrorismus. Und wir müssen die Länder des gesamten Krisenbogens von Marokko bis Pakistan wirtschaftlich und damit auch politisch stabilisieren und Mächte wie Saudi-Arabien davon abhalten, terroristische Gruppen weiterhin zu unterstützen.

Deutschland sollte endlich seine Rüstungsexporte an Saudi-Arabien einstellen, statt Waffen dorthin zu liefern und sogar Leopard-Kampfpanzer an die andere Regionalmacht Katar, die das Emirat im blutigen Jemen-Krieg einsetzt. Waffen an Kriegsparteien zu liefern, ist wie Öl ins Feuer zu gießen. Sie verlängern den Krieg nur und geraten unweigerlich über kurz oder lang in die falschen Hände. Z.B. stammen die Waffen des IS größtenteils aus den USA und Russland und wurden von der irakischen und syrischen Armee gestohlen.

Deutschland zählt leider zu den fünf größten Rüstungsexporteurern weltweit, mit einem Drittel seiner Exporte in die Krisenregion Nahost/Nordafrika.

Militärische Lösungen sind eine Illusion, die von Hilflosigkeit und altem Denken zeugt.

Selbst wenn der IS weitere Verluste an Gebieten oder der wichtigen Stadt Mossul hinnehmen muss, würde ihn das nicht auslöschen. Denn im Irak hat er einen beträchtlichen Rückhalt durch die Sunniten. Und selbst wenn es dennoch gegen jede Wahrscheinlichkeit gelänge, den IS oder Al-Qaida auszuschalten, werden an dessen Stelle wie bei der Hydra zwei neue Köpfe wachsen. Und der Kopf in der Mitte, das Wahhabiten-Regime in Saudi-Arabien, wird bleiben. Lasst mich abschließend über Mali sprechen, denn sobald dort der erste deutsche Soldat stirbt, wird das die Schlagzeilen dominieren. Auch dort steht eine politische Lösung noch aus. Die Vereinbarung von 2014, die dem Waffenstillstand zwischen Tuareg-Rebellen und Regierung zugrunde liegt, ist extrem wackelig und kurzfristig angelegt. Seit den 1960er-Jahren fordern die Tuareg im Norden Malis einen unabhängigen Staat. Doch nicht einmal föderale Strukturen, die Anerkennung ihrer kulturellen Eigenständigkeit und der Zugang zu grundlegenden sozialen Leistungen stehen zur Diskussion. Solange es keine politische Lösung gibt, die diese Anliegen der Bevölkerung im Norden berücksichtigt, sind ein Waffenstillstand und seine militärische Sicherung völlig unzulängliche Ersatzhandlungen.

Der Norden Malis gilt inzwischen als Rückzugsraum für islamistische Terroristen und als Durchgangsrouten für den internationalen Waffenschmuggel. Dazu haben deutsche Firmen beigetragen, die beide Seiten im Libyenkrieg mit Rüstungsgütern belieferten. Diese sind anschließend in den Norden Malis gelangt.

Dschihadisten wie Al-Qaida im islamischen Maghreb dürfen auch in Mali nicht am Verhandlungstisch sitzen. Wie will man weitere Anschläge von Al-Qaida wie jene auf die Hotels in der Hauptstadt Bamako und der burkinischen Hauptstadt Ouagadougou oder die Tötung von Blauhelmsoldaten verhindern, solange sich das nicht ändert?

Die Bundesregierung hat über 500 Soldaten nach Mali entsendet; bis zu 600 weitere sollen folgen. Die dortige UNMission zur Sicherung eines Waffenstillstands gilt weltweit als gefährlichste »Peacekeeping«-Operation, mit 72 bisher getöteten Blauhelmsoldaten. Darunter könnten künftig auch deutsche Soldaten sein.

In Syrien herrscht seit Beginn des Krieges trotz des allseitigen Eingreifens internationaler Truppen Chaos. Auch in Libyen und Afghanistan konnten die Dschihadisten nicht vollständig verdrängt werden. Warum also sollte eine Strategie, die in diesen Ländern versagt hat, in Mali funktionieren? Auch hier wäre eine politische Lösung unter Einbeziehung aller beteiligten Parteien, also auch der dschihadistischen Gruppen, für die Bevölkerung besser. Die

umfangreichen Gold-, Phosphat-, Öl-, Gas- und Uranvorkommen in Mali könnten durch Verständigung und Verhandlungen dann zum Vorteil aller Akteure statt unter dem Druck militärischer Mittel abgebaut werden.

Ich komme zum Schluss und fasse zusammen: Es gibt keine militärische Lösung, weder des Terrorismus, noch für Syrien oder Mali. Es müssen vielmehr politische Lösungen für beide Regionen am Verhandlungstisch gefunden werden. Es ist unsere Aufgabe, politische Alternativen zur militärischen Scheinlösung vorzustellen, damit unsere Adressaten den Wunsch entwickeln, dorthin aufzubrechen. Zuvörderst "Verhandeln statt schießen". Unsere Verhandlungspartner können wir uns nicht aussuchen. Wer Frieden will, muss mit seinen Feinden verhandeln, nicht nur mit seinen Freunden. Also auch mit Dschihadisten, um Waffenstillstände und politische Lösungen zu vereinbaren, die diesen Namen gerecht werden. Lasst uns diese Devise "Verhandeln statt schießen" verstärkt in die öffentliche Diskussion bringen, zusammen mit den Forderungen: keine Bombardements, keine Rüstungsexporte in den Nahen Osten und nach Afrika! Und jetzt untereinander diskutieren. Vielen Dank für eure Langmut.

Bertha von Suttner, die vor bald 125 Jahren die Deutsche Friedensgesellschaft gründete und den Weltbestseller *Die Waffen nieder!* veröffentlichte, schrieb darin: »Keinem vernünftigen Menschen wird es einfallen, Tintenflecken mit Tinte, Ölflecken mit Öl wegwaschen zu wollen. Nur Blut, das soll immer wieder mit Blut ausgewaschen werden.« Das ist erstaunlich aktuell und wir sollten es uns immer wieder in Erinnerung rufen. Wenn wir den Konflikt in Syrien wirklich beenden wollen, müssen wir die Spirale der Gewalt durchbrechen.

Seit August 2014 rund 20 000 Luftangriffe mit 50 000 Bomben und Raketen geflogen. Der Erfolg ist minimal im Vergleich zu dem, was sie angerichtet haben, auch wenn der IS ein Viertel seines Gebietes verloren hat. Es kann uns nicht gleichgültig lassen, dass Krankenhäuser und Schulen in Rakka und anderswo durch Bomben zerstört werden. Möglicherweise nutzt die Türkei die Aufklärungsergebnisse der Tornados, die allen Nato-Partnern zur Verfügung gestellt werden, im Krieg gegen die PKK und die syrische Kurdenmiliz YPG. Dann würde die Bundeswehr Beihilfe zu diesem Krieg leisten. Darüber hinaus hilft die Bundesregierung gescheiterten Staaten wie Afghanistan, ihr eigenes Militär aufzubauen und damit angeblich sichere Schutzzonen in einzelnen Regionen zu schaffen, damit sich Flüchtlinge dort statt bei uns niederlassen können. Als würden die

dortigen Militärs das erreichen können, was hiesige Militärs nicht geschafft haben. Nebenbei liegt das im Interesse der deutschen Rüstungsindustrie, die weiter Waffen in diese Länder liefern kann.

Nicht ohne Grund zählt Deutschland trotz seiner Geschichte skandalöserweise zu den fünf weltweit größten Rüstungsexporturen. Das liegt auch daran, dass Kanzlerin Angela Merkel neben Diplomatie auf Waffenlieferungen als Mittel des politischen Einflusses setzt. Denn anders als Soldaten, deren Tod politische Rückschläge für die Kanzlerin bedeuten würde, sind Waffen ja nur Maschinen, die nicht sterben können.

Militärinterventionen des Westens haben die Destabilisierung des Nahen Ostens nicht abwenden können – das werden sie auch nie. Der Kampf gegen den Dschihadismus gleicht dem Kampf des Herakles gegen die vielköpfige, schlangenähnliche Hydra. Wenn diese einen Kopf verlor, wuchsen an dessen Stelle zwei neue, und der Kopf in der Mitte war unsterblich. Selbst wenn es gelänge, den IS und Al-Qaida zu besiegen, gäbe es weiterhin den Kopf in der Mitte, das Wahhabiten-Regime in Saudi-Arabien.

Gewaltfreie Alternativen erfordern oft mehr Mut, Überzeugung und einen längeren Atem als Kriegseinsätze. Ganz abgesehen davon, dass Letztere fast immer ihre Ziele verfehlen. Wie der amerikanische Schriftsteller und Weltkriegsveteran Norman Mailer sagte: »Krieg zu führen, um wieder etwas in Ordnung zu bringen, taugt genauso viel wie ein Bordellbesuch, um eine Geschlechtskrankheit zu kurieren.« Die Kriegsverluste an Menschen und Material, die physischen und psychischen Verstümmelungen sind so unfassbar, dass es eine Provokation des menschlichen Verstandes ist, diese Vorgänge als realistisch zu bezeichnen.

Tiefes Mitgefühl und Solidarität sind angebracht, wenn Krankenhäuser und Schulen in Rakka, Mossul und anderswo durch Bomben zerstört werden. Ebenso wie wir Mitgefühl und Solidarität für die Opfer der Terroranschläge in Ankara, Bagdad, Bamako, Beirut, Brüssel, Diyarbakır, Grand Bassam, Istanbul, Kabul, Lahore, Ouagadougou, Paris, Suruç und Tunis ausdrücken.

Wir brauchen Verhandlungen zwischen Schiiten und Sunniten, zwischen Kurden und Türken, in denen jeweils beide Seiten aufeinander zugehen.